

3. Analyse der Wechselwirkung zwischen Außen- bzw. Sicherheitspolitik und Wirtschaft in der politikwissenschaftlichen Forschung

In der politikwissenschaftlichen Diskussion der ersten zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war eine Trennung der Forschungsansätze in primär ökonomische und primär außen- und sicherheitspolitische Schwerpunkte zu beobachten. Die Untersuchungen beschränkten sich auf eine direkte Anordnung der behandelten Forschungsfragen der internationalen Beziehungen in die Bereiche „Sicherheitspolitik“ und „internationale politische Ökonomie“¹. Theodore H. Moran sah eine solche Trennung der thematischen Felder in der zu jener Zeit in der Forschung üblichen Differenzierung zwischen „*high politics*“, die die Interessen der Staaten durch Festlegung externer Bedrohungen formulieren ließ und in den Zeiten des Kalten Krieges die höchste Priorität genoss, und „*low politics*“, die die weniger für den außen- und sicherheitspolitischen Kontext wichtigen innenpolitischen Fragen mit ihrer Unterordnung auf wirtschaftliche und soziale Bereiche anging.² Beverly Crawford führte dieses *fait accompli* auf die Tatsache zurück, dass die Kampfansage in der Epoche der ideologischen und militärischen Rivalität eine bedeutende wirtschaftliche Interdependenz zwischen den Kontrahenten ausschloss und somit wirtschaftliche Faktoren als politische Instrumente in den Hintergrund drängte.³ Dabei wurden die Wechselwirkungen zwischen internationalen wirtschaftlichen Prozessen und Sicherheitsproblematik sowie die Frage nach dem Einfluss des Wandels der internationalen Politik auf außenwirtschaftliche

¹ Detaillierte Quellenangaben und eine umfassende Darstellung der Forschungsfelder finden sich in: Robert Gilpin: *The Political Economy of International Relations*, Princeton: Princeton University Press, 1987; Jean-Marc F. Blanchard/Edward D. Mansfield/Norrin M. Ripsman (Hg.): *Power and Purse. Economic Statecraft, Interdependence, and National Security*, in: *Security Studies*, Special Issue, Vol.9, No.1-2, Autumn 1999-Winter 2000.

² Theodore H. Moran: *International Economics and National Security*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 69, No.5, Winter 1990-91, S.74-90, hier S. 90.

³ Beverly Crawford: *Hawks, Doves, but no Owls: International Economic Interdependence and Construction of the New Security Dilemma*, in: Ronnie D. Lipschutz (Hg.): *On Security*, NY: Columbia University Press, 1995, S. 149-187, hier S. 180.

Aktivitäten der Staaten kaum behandelt.⁴ Gelegentlich wurden in den politikwissenschaftlichen Forschungsartikeln „wirtschaftliche Gründe“ oder „wirtschaftliche Interessen“ im Rahmen der außenpolitischen Richtlinien der Staaten erwähnt, jedoch fielen diese Hinweise als „Komponente der nationalen Macht“ zum Opfer der radikalen Theorien des Imperialismus.⁵

Die Überlagerung sicherheitspolitischer Problematik auf den wirtschaftlichen Aspekt fand nach den Ölkrisen der 1970er Jahre statt.⁶ Die entstehende Bedrohung der Energieversorgung sowie die daraus entstehenden politischen Risiken standen im Brennpunkt der Analysen. Kein Bereich der Ost-West-Handelsbeziehungen wurde solch kritischen Betrachtungen unterzogen wie die sowjetischen Energielieferungen in die westeuropäischen Staaten. Trotz der starren Position der Vereinigten Staaten, die eine Gefahr der wirtschaftlichen und politischen Instabilität in den kapitalistischen westeuropäischen Staaten im Energieimport aus der Sowjetunion befürchteten, sahen die Energieempfänger selbst in diesen Handelsbeziehungen keine bedrohliche Situation.⁷ Die Bewertung der sowjetischen Exportpolitik fiel auch unter Politikwissenschaftlern unterschiedlich aus: von der Betrachtung der Sowjetunion als verlässlicher Handelspartner („*The Soviet Union rarely used oil and natural gas exports to support national interests; rather, it viewed these exports as the country's best earners of hard currency, and no more.*“⁸) bis hin zur Kritik des Missbrauchs der Handelsbezüge („*Die*

⁴ Ebd., S. 154.

⁵ Richard K. Ashley: Three Models of Economism, in: *International Studies Quarterly*, Vol.27, No.4, December 1983, S. 463-496, hier S. 467.

⁶ Vgl. hierzu besonders die Aufsätze von Klaus Knorr. *Power and Wealth*, NY: Basic Books, 1973; Klaus Knorr/Frank Trager (Hg.): *Economic Issues and National Security*, Lawrence: Allen Press, 1977; Albert O. Hirschman: *National Power and the Structure of Foreign Trade*, Berkeley: University of California Press, 1980; Hanns W. Maull: *Wirtschaftliche Dimensionen der Sicherheit. Die Entwicklungslinien in den letzten drei Jahrzehnten*, in: *Europa-Archiv*, Folge 5, 1989, S. 135-144.

⁷ Zur Diskussion siehe Hanns W. Maull: *Erdgas und wirtschaftliche Sicherheit. Zukunftsprobleme für die Bundesrepublik und den Westen*, Forschungsinstitut der DGAP, Juli 1981; Bruce W. Jentleson: *The Western Alliance and East-West Energy Trade*, in: Gary K. Bertsch (Hg.): *Controlling East-West Trade and Technology Transfer. Power, Politics, and Policies*, Durham: Duke University Press, 1988, S. 313-341.

⁸ Robert E. Ebel, in: *Policy Forum: Energy Futures*, *The Washington Quarterly*, Vol.19, No.4, S. 81-86, hier S. 83.

Sowjetunion verwendete Energie- und Rohstofflieferungen in der Vergangenheit wiederholt als politisches Druckmittel: Nach dem Bruch mit China und mit Jugoslawien wurden die Erdöllieferungen an diese Länder stark gekürzt; Öllieferungen an Finnland wurden 1958 eingestellt, bis das Land politische Zugeständnisse machte, und mehrere Entwicklungsländer waren ebenfalls Objekte gezielten politischen Drucks via Öllieferungen. Von 1950 bis 1960 verhängte die Sowjetunion ein Chrom-Embargo über die USA.“⁹⁾

Fred Bergsten war einer der ersten, der die Grundzüge des Prioritätenwandels nach dem Ende des Kalten Krieges ins Untersuchungsfeld brachte und diese mit den Faktoren der Ost-West-Rivalität verglich: 1. Während in der Zeit des Kalten Krieges die Sicherheitsfragen wie Militärkapazität bzw. -fähigkeit das internationale Engagement der Staaten bedingte, herrschten wirtschaftliche Faktoren im zwischenstaatlichen Wettbewerb nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vor. 2. Die Bipolarität als Weltordnung, die die Rivalität zwischen den ideologischen Gegnern, der Sowjetunion und den USA, bestimmten, wurde durch den multilateralen Rahmen der sieben Wirtschaftsmächte (G-7-Staaten) ersetzt. 3. Die ideologische Grundlage der Bipolarität (Demokratie und Kapitalismus versus Sozialismus und Planwirtschaft) wurde durch Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Versionen der Marktwirtschaft beiseite geräumt.¹⁰

In der politikwissenschaftlichen Forschung wurde der Begriff der Macht in den internationalen Beziehungen seit den 1980er Jahren zunehmend im wirtschaftlichen Kontext angesehen. Beispielsweise wies Richard Rosencrance in der Mitte der 1980er Jahre darauf hin, dass ausschließlich ökonomische Kapazitäten für die Positionierung des Staates auf der internationalen Arena bestimmend sind.¹¹ Klaus Knorr machte den folgenden Unterschied

⁹ Hanns W. Maull: Erdgas und wirtschaftliche Sicherheit. Zukunftsprobleme für die Bundesrepublik und den Westen, Forschungsinstitut der DGAP, Juli 1981, S. 42.

¹⁰ Vgl. Fred Bergsten: The Primacy of Economics, in: Foreign Policy, No.87, Summer 1992, S. 3-24.

¹¹ Vgl. dazu Richard Rosencrance: The Rise of the Trading State: Commerce and Conquest in the Modern World, NY: Basic Books, 1986.

zwischen militärischer, ökonomischer und politischer Macht:

„Military power turns on threats which can take various particular forms (e.g. an increase in the military budget, the mobilization of military reserves, reemployment of naval forces, and even war itself if it expresses a threat to continue or escalate existing hostilities). Economic power turns on the withholding of economic advantages (e.g. trade, investment, currency support, development aid). Political penetrative power, which is less well understood, turns on a variety of overt or clandestine activities (e.g. propaganda, the forming of political unrest and strikes, the support of opposition parties or revolutionary groups, the bribing of officials or political leaders).“¹²

Die nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes weit verbreitete Auffassung, dass die Wirtschaft in den internationalen Beziehungen das Kommando übernommen hat¹³ und dass wirtschaftliche Interessen den politischen Rahmen für Kooperation und sicherheitspolitischen Maßnahmen der Staaten beeinflussen, findet ihren Ausdruck in Definition des erweiterten Sicherheitsbegriffs (*comprehensive security*)¹⁴, der durch den Ausbau der militärischen Sicherheit - unter anderem durch ökonomische Aspekte - aktualisiert wird.¹⁵ Aus diesem Grunde lassen sich zwei Analysenstränge der Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und

¹² Klaus Knorr: Introduction, in: Klaus Knorr/Frank Trager (Hg.): *Economic Issues and National Security*, Lawrence: Allen Press, 1977, S. 6.

¹³ Hadi Soesastro: *Economic Development and Security in the Asia Pacific Context*, in: Wilfried A. Herrmann (Hg.): *Asia's Security Challenges*, NY: Nova Science, 1998, S. 19-32, hier S. 19.

¹⁴ Vgl. dazu Robert H. Puckett: *Comprehensive Security in Northeast Asia*, in: *Asian Profile*, Vol. 18, No. 6, December 1990, S. 509-514; Steve Chan: *National Security in the Asia-Pacific: Linkages Among Growth, Democracy, and Peace*, in: *Contemporary Southeast Asia*, Vol. 14, No. 1, June 1992, S. 13-32.

¹⁵ Hierzu grundlegend: Christopher Daase: *Zum Wandel des Sicherheitsbegriffs in der amerikanischen Politikwissenschaft*, in: Hans Diefenbacher (Hg.): *Zum Verhältnis von Frieden und Sicherheit*, Heidelberg: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, 1991, S. 47-64; Reinhard Meyers: *Von der Globalisierung zur Fragmentierung? Skizzen zum Wandel des Sicherheitsbegriffs und des Kriegsbildes in der Weltübergangsgesellschaft*, in: Paul Kevenhörster (Hg.): *Internationale Politik nach dem Ost-West-Konflikt*, Münster: Agenda, 1995, S. 33-82; Harald Müller: „Das Leben ist lebensgefährlich“. Kritische Anmerkungen zum „erweiterten Sicherheitsbegriff“, Frankfurt/Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, 1997; Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hg.): *Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff*, Hamburg: Mittler, 2001.

Außen- bzw. Sicherheitspolitik hervorheben. Zum Einen wird wirtschaftliche Kapazität als Instrument der internationalen politischen Machtausübung und Grundlage für den Ausbau der militärischen Potenziale betrachtet. Zum Zweiten wird ökonomische Rivalität (z. B. Konkurrenz um Absatzmärkte, Einsatz politischer Instrumente für den Einfluss auf rohstoffreiche Staaten) zur potenziellen Sicherheitsbedrohung.

Die fundierte empirische Untersuchung des weltgeschichtlichen Vorgehens von Paul Kennedy lieferte Nachweise für eine direkte verhältnismäßige Abhängigkeit der militärischen Größenordnung der Nationen von ihrem wirtschaftlichen Potenzial. Sein historischer Befund stellte dar, dass militärisch potente Nationen gleichzeitig ökonomisch fortentwickelte Staaten darstellten.¹⁶ Diese Grundannahme gilt jedoch nicht für den Sonderfall „Russland“.

¹⁶ Siehe Paul Kennedy: *The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*, London: Fontana Press, 1989, insbes. S. 693-698.